

13. September 2002

P R E S S E R K L Ä R U N G

Künftig gleiche 1. Rate der Zwangsarbeiter-Entschädigung für Sinti und Roma - Zentralrat begrüßt Entscheidung der Stiftung

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, begrüßte die gestrige Entscheidung des Kuratoriums der Stiftung für die Zwangsarbeiterentschädigung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft", dass ihre zuständige Partnerorganisation IOM auch für die Sklavenarbeiter der deutschen Sinti und Roma eine erhöhte erste Rate von 75 Prozent (11.250 DM = 5570 EUR) des gesetzlichen Gesamtentschädigungsbetrages von 15.000 DM (7670 EUR) zukünftig auszahlen soll. Nachdem im Jahre 2001 die Jüdische Claims Conference und osteuropäische Partnerorganisationen der Stiftung an ihre Antragsteller schon je 10 000 oder 11 250 DM als erste Rate ausgezahlt hatten, während die deutschen Sinti und Roma zunächst von der mit der Abwicklung beauftragten UNO-Unterorganisation für Migration (IOM) in Genf nur 7 500 DM (3835 EUR) erhalten sollten, drängte Rose auf Gleichbehandlung.

"Die Sinti und Roma, die in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten Sklavenarbeit leisteten, haben Anspruch auf gleiche Entschädigungsleistungen wie die jüdischen Überlebenden und Opfer in Osteuropa", forderte der Zentralratsvorsitzende gemeinsam mit der Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Ute Vogt, und dem Aussenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Gert Weisskirchen, am 30. Juli 2002 in Heidelberg.

Erst nach einer Protestaktion des Zentralrats mit 250 Holocaust-Überlebenden deutscher Sinti und Roma vor dem Gebäude des Bundesfinanzministeriums am 19. Dezember 2001 in Berlin gingen der Stiftungsvorstand und die IOM ab April 2002 auf die vor eineinhalb Jahren gestellte Forderung des Zentralrats für eine Mitwirkung ein. Aufgrund dessen leisten die Mitarbeiter des Zentralrats nun Mithilfe bei der Beweisdokumentation für die frühere Sklavenarbeit der über eintausend Antragsteller deutscher Sinti und Roma durch Auswertung des umfangreichen Archivs des Zentralrats und der Aktenbestände in den Entschädigungsämtern der Bundesländer.